

"Versprochenes halten!" in Saar-Volksstimme für Sozialismus und Demokratie (26. Oktober 1955)

Legende: Am 26. Oktober 1955 stellt die sozialistische Saar-Volksstimme für Sozialismus und Demokratie die politischen Auswirkungen dar, die das Ergebnis der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 über das zukünftige Statut der Saar auf internationaler Ebene haben wird.

Quelle: Saar-Volksstimme für Sozialismus und Demokratie. 26.10.1955, Nr. 249; 1. Jg. Saarbrücken: Sozialdemokratische Partei des Saarlandes. "Versprochenes halten!", auteur:E.K. , p. 1.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/versprochenes_halten_in_saar_volksstimme_fur_sozialismus_und_demokratie_26_oktober_1955-de-42f25297-f525-4d97-ac83-0e8ed8b798f9.html

Publication date: 18/12/2013

Versprochenes halten!

I.

Der Abstimmungskampf ist beendet. Das Europäische Statut für das Saarland ist von der Bevölkerung verworfen worden. Diese in freier Entscheidung erfolgte Verwerfung ist für jeden demokratischen Politiker bindend. Das gilt sowohl für die Außen- als auch für die Innenpolitik.

Mit Genugtuung darf festgestellt werden, daß die vorangekündigten Manifestationen, die die Gefahren ernsthafter Unruhen in den Bereich der Möglichkeit gerückt hätten, unterblieben sind. Es muß ferner mit Genugtuung festgestellt werden, daß sich die französische Regierung jeden Eingriffes enthalten hat. Da auch die saarländische Regierung aus dem Abstimmungsergebnis unverzüglich die erforderlichen Konsequenzen gezogen hat, kann man heute — zwei Tage nach der Abstimmung — feststellen, daß wieder völlige Ruhe in unserer Heimat eingetreten ist. (Es muß allerdings hier bemerkt werden, daß noch immer — so weit wir wissen, besonders im Kreise Merzig — unsere Funktionäre kleinlichen Schikanen ausgesetzt sind.)

II.

Außenpolitisch gesehen muß man, wenn man die ersten Reaktionen der Presse und die Erklärungen der Staatsmänner verfolgt, zwar eine große Enttäuschung über das Abstimmungsergebnis feststellen, aber auch die Tatsache, daß man sich überall bemüht, die Ruhe zu bewahren. Frankreich und Deutschland scheinen entschlossen zu sein, sich durch das Ergebnis nicht in ihrem Konzept stören zu lassen. Und die Erklärungen der Heimatbund-Parteien gegenüber Frankreich sind bereits genau das Gegenteil von dem, was sie während des Abstimmungskampfes gesagt haben. Das ist gut so, wenn es ehrlich gemeint ist.

Zurzeit weiß niemand, wann und unter welchen Umständen neue Verhandlungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zustande kommen. Viele Fragen sind gegenwärtig noch zu wenig geklärt.

Es genügt uns aber schon, heute den guten Willen festzustellen, nichts zu überstürzen. Gefahren für diese Politik sind sowieso in absehbarer Zeit noch genug vorhanden. In Frankreich stehen die Wahlen vor der Tür. Es muß hier an der Saar in den nächsten zwei Monaten zumindest alles vermieden werden, was den französischen Nationalisten noch mehr Stoff für ihren Wahlkampf liefert. Diese Bemerkung gilt im besonderen Maße für die Heimatbund-Parteien.

III.

Im Bereiche der Innenpolitik sind folgende Feststellungen zu treffen: Die Verwerfung des Statuts hat zwar juristisch nicht den Rücktritt der Regierung oder des Landtages zur Folge, politisch gesehen jedoch ist diese Verwerfung nichts anderes als eine Verurteilung der bisherigen Politik. Es ist daher selbstverständlich, daß so schnell als möglich Landtagswahlen erfolgen. Dies wird aber aus technischen Gründen (Bildung der Übergangsregierung, Beratung des Wahlgesetzes und Vorbereitung des Staatshaushaltes 1956 — zumindest was die laufenden Ausgaben betrifft) nicht vor Ende Januar möglich sein. (In der Adventszeit und über die Weihnachts- und Neujahrstage sollte man keinen Wahlkampf führen.)

Die SPS würde einer längeren Hinausschiebung der Wahlen ihre Zustimmung nicht geben können. In einem demokratischen Staatswesen muß man denjenigen, die in einem Wahlkampf gesiegt haben, die politische Macht so schnell als möglich aushändigen. Sie müssen Gelegenheit bekommen, das, was sie versprochen haben, zu verwirklichen. Und diese Versprechungen — wir bringen sie heute unseren Wählern in Erinnerung — lauten:

1. Rückgliederung des Saarlandes.

2. Gegebenenfalls eine Übergangslösung, die darauf hinausläuft, die saarländisch-französische Wirtschaftsunion aufzuheben, einen neuen Wirtschaftsvertrag mit Frankreich und Deutschland abzuschließen

und alle mit diesem Wirtschaftsvertrag zusammenhängenden Probleme für das Saarland günstiger zu regeln, als es bisher möglich war.

3. Die zollfreie Einfuhr deutscher Waren im Saarland und umgekehrt zollfreie Ausfuhr von Waren aus dem Saarland in die Bundesrepublik.
4. Übergabe der Saarbergwerke an eine rein saarländische Verwaltung.
5. Im Warndt werden den Franzosen alle Vorrechte genommen. Der Abbau wird sofort eingestellt.
6. Die saarländische Industrie bekommt die erforderlichen Investitionskredite zu billigstem Zinssatz.
7. Die steuerliche Belastung von Industrie, Handwerkerschaft und Handel wird herabgesetzt. Die soziale ebenfalls, (je nachdem, welche Partei sich in der Heimatfront durchsetzt).
8. Die Renten werden erhöht bzw. ermäßigt (ebenfalls je nachdem, welche Partei sich in der Heimatfront durchsetzt).

Es ist also nicht nur selbstverständlich für uns, sondern geradezu eine Forderung, daß die drei Parteien die Regierungsverantwortung übernehmen und ihre Versprechungen erfüllen. Wir werden keine Gelegenheit versäumen, sie darauf aufmerksam zu machen, wenn sie auch nur eine ihrer Versprechungen vergessen sollten. Gelingt es ihnen, alles das, was sie versprochen haben, durchzusetzen, so werden wir ihnen gern eingestehen, daß sie mehr gekonnt haben als wir. Gelingt es ihnen nicht, nun, dann werden wir uns in 5 Jahren, bei einem neuen Wahlkampf, sprechen.

E. K.